

Unser Geldsystem XI – Was von den letzten vierzig Jahren bleibt

Von Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker | 14.04.2014 (editiert am 25.05.2016)

Vor ein paar Tagen habe ich an einer Konferenz teilgenommen, auf der es zum einen um die Erkenntnisse Hyman Minskys ging, also platt ausgedrückt um den sich selbstverstärkenden Charakter von Finanzblasen. Zum anderen wurde auf der Konferenz auch über Geldpolitik und Deflation gesprochen. Wie schon im letzten Teil dieser Beitragsserie zu unserem Geldsystem festgestellt, hat sich auch hier wieder für mich bestätigt, dass der Monetarismus tot ist. Nur scheint kaum jemand zu wissen, was an seine Stelle treten soll.

Es war auf dieser Konferenz wieder einmal frappierend zu sehen, wie sich weltbekannte Ökonomen und Chefvolkswirte der größten Banken bemühten zu verstehen, was derzeit in der Weltwirtschaft vor sich geht, dass ihnen aber einfach das Handwerkszeug fehlt, mit dem ein Durchbruch in der Analyse zu erzielen wäre. Der Monetarismus als wirtschaftspolitische Therapie mag tot sein. Doch der Glaube, dass Inflation ein *monetäres* Phänomen ist, ist vollkommen ungebrochen. Also überbietet man sich stundenlang mit Vorschlägen, welche unorthodoxen Maßnahmen die Geldpolitik noch ergreifen müsste, um die Preissteigerungsrate endlich wieder auf die von ihr gesetzten Zielwerte zu bringen. Das Wort „Lohn“ wird aber von niemandem auch nur in den Mund genommen.

Dass alle geldpolitischen Kopfstände sinnlos sein könnten in einer Welt, in der man gleichzeitig massive deflationäre Effekte am Arbeitsmarkt zulässt und sogar politisch fördert, kommt einfach niemandem (auch den meisten Ökonomen nicht, die sich als Keynesianer bezeichnen) in den Sinn, weil das allen Vorstellungen widerspricht, die sie sich zum Ablauf einer Marktwirtschaft gemacht haben.

Als ich die drei Graphiken zur Deflation, die Friederike Spiecker [hier](#) vor Kurzem gezeigt hat (nur im Abonnement lesbar, aber inzwischen ist im Internet die [PFD-Datei meiner Folien](#) verfügbar), vorstellte, konnte man förmlich sehen, wie das sogar den Progressivsten gegen den Strich ging. Denn stellt nicht ein so einfacher empirischer Befund die wirtschaftswissenschaftliche Diskussion der letzten vierzig Jahre in Frage? Und das Entsetzen schien mir noch größer zu werden, als ich die Frage stellte, wie es sein könne, dass 2008 und 2009 die Arbeitslosigkeit gestiegen ist, obwohl die Löhne, also der Preis am Arbeitsmarkt, doch offensichtlich niedrig waren. Und was das für die Frage bedeutet, ob der Arbeitsmarkt ein funktionierender Markt ist. Käme man aber zu dem Ergebnis, der Arbeitsmarkt sei kein funktionierender Markt, dann müssten doch gerade die Keynesianer fragen, wie man

unter solchen Bedingungen Vollbeschäftigung erreichen könne. Oder haben sich auch die Keynesianer von diesem Ziel endgültig verabschiedet?

Die Antwort auf die Frage, wie man jenseits akuter Krisenbekämpfung Vollbeschäftigung erreichen kann, findet man bei Keynes nicht (jedenfalls nur ganz versteckt und nicht so, dass man heute etwas damit anfangen könnte – ich lasse mich aber gerne eines Besseren belehren). Wir könnten es heute aber wissen. Man muss die Rollenverteilung der Wirtschaftspolitik vom Kopf auf die Füße stellen. Die Löhne und die Lohnpolitik müssen für die Preisstabilität verantwortlich sein und die Geldpolitik für die Vollbeschäftigung.

Das klingt ganz einfach, ist aber nur schwer zu verwirklichen, weil es keiner der Akteure will. Die Geldpolitik will es nicht, weil sie sich dazu aus dem selbstgebauten Elfenbeinturm des über den alltäglichen Dingen stehenden quasi neutralen Schiedsrichters in die Niederungen des Alltagsgeschäfts begeben muss. Die Gewerkschaften und Arbeitgeber wollen es nicht, weil sie ihrer scheinbar vornehmsten Aufgabe, nämlich den richtigen Lohn zu finden, enthoben werden. Und sie können es sich auch nicht vorstellen, auf die Beschäftigung als Zielgröße zu verzichten, weil in jedem Betrieb der Zusammenhang zwischen Lohn und Beschäftigung ja so offensichtlich ist. Wie soll man einem Unternehmer oder einem Betriebsratsvorsitzenden erklären, dass ihre Entscheidungen mit der Beschäftigung eigentlich nichts zu tun haben, obwohl doch klar ist, dass eine Lohnsenkung im eigenen Betrieb Vorteile gegenüber den Konkurrenten (im In- und Ausland) brächte.

Wer aber kann den Tarifpartnern verübeln, dass sie den Sprung von der Einzelwirtschaft zur Gesamtwirtschaft nicht schaffen, wenn auch für die Politik und die sogenannte Wirtschaftswissenschaft dieser Sprung gar nicht als relevant erscheint? Man muss sich nur anschauen, wie in Washington in diesen Tagen Mario Draghi in Sachen Deflation herumeiert und nichts Besseres anzubieten hat als die Erklärung, der starke Euro sei entscheidend für die Tendenz zur Deflation in Euroland. Es ist aber offensichtlich, dass die deflationären Tendenzen vor allem aus den Ländern kommen, die ihre Arbeitsmärkte „reformiert“ haben, also aus Spanien und Griechenland, wo auf Druck der Troika die Löhne gesenkt wurden. Das zeigt in aller Klarheit, wie hoch die dogmatischen Mauern sind, die auch heute noch existieren, wenn es um die Anerkennung der Tatsache geht, dass die Lohnstückkosten die entscheidende Determinante der Inflation sind.

Daraus aber folgt, dass man gesamtwirtschaftlich den richtigen Lohn nicht mühsam in Verhandlungen der Tarifpartner finden muss. Der richtige Lohn ist der, der sich ergibt, wenn man immer und überall die goldene Lohnregel anwendet, also Nominallöhne so steigen lässt, wie die gesamtwirtschaftliche Produktivität im Trend steigt, plus das Inflationsziel. Alles andere ist Mummenschanz. (Diese Aussage bezieht sich natürlich auf eine *Durchschnittsgröße*. Man kann aber, wir haben es schon oft gesagt, die golden Lohnregel in allen Branchen einhalten und trotzdem in der Zeit Verschiebungen der Lohnrelation zwischen verschiedenen Beschäftigtengruppen und verschiedenen besonders knappen Qualifikationen zulassen. Nicht zuletzt um solche und viele andere Dinge auszuhandeln sind die Gewerkschaften selbstverständlich weiter wichtig.)

Die Einhaltung dieser Regel ist die notwendige Voraussetzung für eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung bzw. einem hohen Beschäftigungsstand, wie er auch heute in Deutschland noch gesetzlich

vorgeschrieben ist. Nur wenn man eine Politik der Verteilungsgerechtigkeit über eine Reihe von Jahren durchhält, können die Investitionen so stark steigen, dass auch eine einmal entstandene Arbeitslosigkeit wieder abgebaut werden kann. Auch dann wird es immer noch Krisen und Konjunkturschwankungen geben, aber die entscheidende Asymmetrie ist aus dem System genommen. Die Asymmetrie nämlich, dass Arbeitslosigkeit entstehen kann, die nichts mit den Löhnen zu tun hat, die aber ihrerseits Druck auf die Löhne ausübt, was schließlich zu Deflation und den ganz großen Krisen führt, die unbeherrschbare politische Folgen haben können. Das ist für mich die zentrale Lehre aus den letzten vierzig Jahren.

Nimmt man noch hinzu, dass ein solches nationales System der Lohnfindung abgesichert werden muss durch internationale Vereinbarungen zur Steuerung der Wechselkurse der Währungen, kommt man am Ende dahin, dass die drei wichtigsten Preise, die es in einer Marktwirtschaft gibt, nämlich der Zins, der Lohn und der Wechselkurs, im Durchschnitt von der Wirtschaftspolitik quasi vorgegeben werden müssen, damit sich die Wirtschaft ohne große gesamtwirtschaftliche Krisen entwickeln kann. Diese Preise müssen genau andersherum, als es heute die gängige Sicht ist, rigide von den Staaten gesteuert werden und dürfen in ihrem durchschnittlichen Niveau gerade nicht den Märkten zur flexiblen Bestimmung überlassen werden. Darauf werden wir später in dieser Serie noch im Detail eingehen.

Über den Autor

Veröffentlicht am: 14.04.2014 | Editiert am: 25.05.2016

Erschienen unter: <https://makroskop.eu/2014/04/abo-artikel-geldsystem-9/>